

Bundeshuus-Wösch

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **114 (1988)**

Heft 20

PDF erstellt am: **21.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

CVP-Fortschritt

Die CVP ist für einmal vorangegangen. Diese sonst eher dem Traditionellen zuneigende Politgruppierung hat bei den Volksrechten einen mutigen Schritt nach vorne getan. Im Zeitalter der Kommunikationstechnologie, Videokonferenzen und Computerspielereien kommt ja zuweilen auch die Ansicht auf, man könne die Volksabstimmungen, die von Zeit zu Zeit den Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern den wohlverdienten Sonntagmorgenschlaf rauben, durch Meinungsumfragen ersetzen. Die CVP ist jetzt vorangegangen. In ihrem Pressedienst gibt sie bekannt, dass die «Volksbefragung im September» ausfalle. So freut sich Lisette auf die Volksbefragung im Dezember und wundert sich weiterhin, warum der Umfrage- statt Abstimmungsvorschlag ausgerechnet von der CVP kommt: «Die müssen doch am Sonntagmorgen ohnehin früh aus den Federn.»

Vergoldeter Solari

Lisette staunt immer wieder, wie es Leute verstehen, sich glänzend zu verkaufen. So hat der Bundesrat letzte Woche den Direktor des Tessiner Fremdenverkehrsverbandes, Marco Solari, zum Delegierten für die 700-Jahr-Feiern erkoren. Der Hans-Dampf-in-allen-Gassen bezieht dabei für seinen Zwei-Drittel-Job ein Gehalt von 180 000 Franken. Macht umgerechnet ein



volles Jahresgehalt von 270 000 Franken! Die sieben Bundesräte verdienen im Jahr nur 16 000 Franken mehr. Die Überlegungen, die im Bundesrat bei der Anstellung Solaris gemacht worden sind, sind klar: Wenn der Tessiner so erfolgreich arbeite wie er viel verdient, dann muss der Eidgenossenschaft um ihr Jubiläumfest sicher nicht bange sein.

CVP für KVP

Die Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz, kurz CVP geheissen, hat sich deutlich für die Vorlage über die Koordinierte Verkehrspolitik (KVP) ausgesprochen. Männiglich zweifelte im Vorfeld des Luzerner Parteitages über die Standhaftigkeit der CVP in dieser umstrittenen Verkehrsfrage. Was indes völlig unnötig war. Bei den Christlichdemokraten soll es recht viele Mitglieder geben, welche die KVP mit Katholischer Verkehrspolitik gleichsetzen. Und gegen so etwas kann man gerade bei der CVP doch nichts einzuwenden haben.

Zukunftsforscher

Christian Lutz vom Gottlieb-Duttweiler-Institut in Rüschlikon wird neuer Präsident der Zukunftsforscher. Das ist erfreulich, weil damit ein Mann gewählt wurde, der weiss, worum es geht. Lutz war als Mitglied der Expertengruppe Energieszenarien (EGES) mitverantwortlich für die Beschreibung der energiepolitischen Zukunft. Und die las sich zum Beispiel so: «Von unten herauf» würden sich in den neunziger Jahren aufgrund einer Wirtschaftskrise und Umweltkatastrophe neue Prioritäten und Werthaltungen ausbreiten. Als Folge des Wirtschaftseinbruchs werde die Nachfrage nach allen Energieträgern zurückgehen.

Denner im Zukunftsglück

Es ist kaum verständlich, warum nicht auch Karl Schweri, der Denner-Chef, zum Zukunftsforscher ernannt wurde. In überaus weiser Voraussicht hatte nämlich der an vielen Fronten agierende Grossverteilungs-Unternehmer seine Konsumentenschutzinitiative am 26. April zurückgezogen. Vermutlich weil er voraussah, dass die Grüne Partei der Schweiz GPS an ihrer Delegiertenversammlung vom 7. Mai diese ablehnen würde. Das tat die Partei nämlich tatsächlich, wie der Tages-Anzeiger zu berichten weiss.

Lisette Chlämmerli

